

Das C in der CDU

Es gibt gelegentlich Parteifreunde, die vorschlagen, man solle doch nicht mehr von der CDU reden, sondern nur noch von der „Union“. Mit dem C würden wir nur unnötig Wähler verlieren, die mit „christlich“ nichts anfangen wollen und schließlich sei das für eine Volkspartei ja auch irgendwie veraltet. Diesen lässt sich allerdings entgegenhalten, dass eine Partei die programmatisch immer up to date sein will, nichts anderes tut als dem vermuteten Zeitgeist hinterher zu laufen. Speziell für eine konservative Partei ist dies existenzgefährdend. Sie muss schon in der Lage sein, zu erklären, was sie eigentlich „konservieren“ will. Das C in der CDU macht demnach nur Sinn, wenn es programmatisch gemeint ist und auch so verstanden wird.

Eine Möglichkeit der Erklärung liegt in dem Satz „Als Christ erkenne ich es noch, wenn ich sündige“. Dieser Satz behauptet nicht, dass der, der ihn ausspricht von Sünden frei wäre, aber dass er diese noch erkennt und versucht, sie nicht zu wiederholen. Das unterscheidet den Aussagenden von vielen wertfreien Menschen, die nicht an ein höheres Gericht glauben und denken, es komme in der Welt nur darauf an, sich nicht erwischen zu lassen. Ansonsten gäbe es keine Beschränkung für Betrug und Raffgier. Der Glaube an höhere Werte, die sich in den 10 Geboten formulieren, ist Teil der Grundwerte, die wir mit dem C in unserem Namen verteidigen wollen. Wir haben somit eine Teilantwort auf die Frage, was es zu „konservieren“ gilt.

Zu unserem Selbstverständnis gehört auch die Frage, wo wir im politischem Spektrum stehen.

Wenn die Unterscheidung zwischen Links und Rechts in der Politik heute noch eingesetzt werden soll, so muss zunächst einmal festgestellt werden, dass diese Bezeichnungen sich gegenüber ihrer ursprüngliche Bedeutung deutlich verändert haben. Im Industriezeitalter war es u.a. auch die Unterscheidung zwischen Besitzlosen und Besitzenden. Bis heute haben sich die Grenzen weitgehend vermischt und es sind nicht selten die Besitzstandswahrer, die eher im linken Lager zu finden sind. Links hatte auch die Vorstellung, dass die staatliche Macht in die Hände einer internationalen Regierung gelegt werden sollte. Auch da hat sich viel verändert.

Auch die Konservativen waren damit einverstanden, die deutsche Nation zur Disposition zu stellen und nationale Zuständigkeit an eine übergeordneten europäische Union abzugeben. Hierzu gab es nach den großen Kriegen zwischen den europäischen Nationen und der zuletzt erlebten Situation der Zweitrangigkeit zu den aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Supermächten gute Gründe. Die Linken haben auch ihre Träume zu internationalen sozialistischen Regierungen längst begraben. In Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern wurden diese durch Multikulti- Phantastereien ersetzt. Man holte sich sozusagen die fremden Völker ins Land und wollte hiermit zumindest den Traum des internationalen Völkergemischs auf deutschem Boden wiederfinden.

Wenn heute in Deutschland noch von linken oder rechten politischen Strömungen gesprochen wird, dann lässt sich dieses an zwei Hauptthemen festmachen:

- 1) In der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird um die Frage gestritten, ob eine soziale Wirtschaft überhaupt einen Markt benötigt.
- 2) In der Beziehung zu anderen Ländern und Völkern geht es heute um die Frage, ob Deutschland unser Land ist oder ob es aller Menschen Land sein sollte und wer mit dem „uns“ überhaupt gemeint ist.

Neben diesen zwei aktuellen und auch intensiv diskutierten Problemen gibt es noch einen Streitpunkt, der sehr viel grundsätzlicherer Art ist.

- 3) Es geht um das Weltbild, um dass die idealistische und die materialistische Philosophie streiten. Die Idealisten glauben, dass der Geist die Welt geschaffen habe und wir als Teil dieser Welt ebenfalls einen Geist, daß heißt eine unsterbliche Seele haben. Die Materialisten glauben, dass sich aus der Materie im Rahmen der Evolution unsere Intelligenz entwickelt habe und dass unser Bewusstsein allein durch Biocomputer- Programme, die in unserem Gehirn ablaufen, erzeugt sei.

Die CDU bekennt sich mit ihrem C im Namen zu den Anhängern des erstgenannten Weltbil-

des. Bei den obenstehend genannten 2 aktuellen Streitpunkten vertreten die meisten CDU-Mitglieder die Position, dass Wirtschaft ohne Markt nicht funktioniert und dass es für alle Menschen, auch für die Deutschen, ein exklusives Recht auf ihre Heimat gäbe.

Es stellt sich nun die Frage, ob und mit wem die CDU koalitionsfähig ist. Es liegt nahe, davon auszugehen, dass die Parteien, die uns bei den vorgenannten 3 Themen am ehesten nahe stehen, auch die in Frage kommenden Koalitionspartner sein sollten. Dies ist aber nicht so. Bei der Frage nach idealistischem oder materialistischem Weltbild findet sich der religiös Bekennende in der öffentlichen Diskussion in der Extremistenrolle wieder. Wenn dies eine Mehrheitsposition auch innerhalb der CDU wäre, dann wäre das C in der Tat überholt. Bei der Frage, wo das Land der Deutschen liegt und wer die Deutschen überhaupt sind, scheint ebenfalls die extremistische Position erreicht zu sein, wenn man dieses Land für unsere Kinder und nicht für die Kinder anderer Völker reklamiert. Wir glauben, in dieser Frage auch keine Koalition mit „rechten“ Parteien schließen zu können, da Assoziationen gepflegt werden, von Rechts - zu Nationalsozialistisch - zu Massenmördern.

Wir halten es auch für taktisch klug, Parteien rechts von der CDU ins extremistische Abseits zu stellen, um sie klein zu halten und deren Wähler bei uns einzusammeln. Wir übersehen aber dabei, dass wir uns im „erlaubten“ Parteienspektrum damit selbst an den rechten Rand stellen und damit wohl kaum die Partei der Mitte sein können. Außerdem ist es eine Tatsache, dass die „Mitte“ wohl zwischen dem Schwerpunkt der beiden großen Volksparteien liegen dürfte. Die SPD ist somit eine Partei, die ihren Schwerpunkt etwas links von der Mitte hat und die CDU muss demnach der Gegenpol sein, der seinen Schwerpunkt etwas rechts von der Mitte hat. Eine Diffamierung einer politischen Position, die als „rechts“ bezeichnet wird, trifft somit die CDU selbst.

Die Frage nach unserer Koalitionsfähigkeit sollte demnach rechte Parteien nicht ausschließen, wenn es Übereinstimmungen zur Zukunft der Deutschen in Deutschland gibt. Es bleibt zu überprüfen, ob derartige Überschneidungen auch bei den wichtigen Fragen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum idealistischen Weltbild vorliegen.

Bei der NPD müssen beide Fragen mit einem klaren Nein beantwortet werden. Die NPD hat sowohl zur Wirtschaft als auch zum Weltbild sozialistisch- materialistische Antworten. Sie ist somit in ihrem Programm eindeutig nationalsozialistisch.

Bei den Republikanern ist dies offenbar nicht der Fall. Wir müssen uns heute fragen, ob es nicht ein grober Fehler gewesen war, aus opportunistischen und taktischen Gründen die Republikaner ins scheinbar extremistische Abseits zu drängen. Sie waren vor Jahren eine politische Kraft, die mit der obigen Betrachtungsweise für die CDU durchaus koalitionsfähig gewesen wäre. Heute sind wir von Parteien mit sozialistischem Grundansatz regelrecht umzingelt. Für die SPD sind Koalitionen mit nahezu allen Parteien möglich. Die CDU ist darauf angewiesen, dass die FDP mit ihr koalieren möchte, wobei Rot-Gelbe- oder Ampel- Koalitionen auch jederzeit möglich bleiben.

Diese Gedanken schreibe ich nieder, kurz vor der Bundestagswahl 2005, bei der die CDU von der absoluten Mehrheit träumt. Sie erscheinen somit nicht zeitgerecht. Selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, so wird doch die Frage nach der Koalitionsfähigkeit wieder sehr schnell von immenser Wichtigkeit sein. Mit der Distanzierung von dem, was als politisch Rechts bezeichnet wird, haben wir ohne Not unsere Meinungsführerschaft des rechtskonservativen Lagers gefährdet. Vermutlich haben wir damit die Wiederbelebung der NPD als nationalsozialistische Partei eher gefördert. In manchen Regionen Deutschlands ist sie schon durchaus als eine politische Bewegung zu bezeichnen.

Die CDU muss die vorstehend genannten 3 grundsätzlichen Positionen wieder offensiver vertreten. Wenn wir hierbei Links als etwas kritisierenswertes bezeichnen, dann dürfen wir andererseits auch nicht Angst davor haben, demzufolge dann als Rechts bezeichnet zu werden. Wir müssen jederzeit klar machen, was wir mit Rechts und Konservativ meinen und dies auch überzeugend vertreten. Mit einer derartigen Klarheit wird Politik wieder glaubhaft und damit können auch Wahlen gewonnen werden.

K. Schmitt, 27.05.2005